



Besetzung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (1968): Ist die Gesellschaft reparabel?

„Mit dem Latein am Ende“

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen (Soziologen, Philosophen, Politologen)

8. Fortsetzung

Der Diplomvolkswirt und Fraktionsvorsitzende der SPD, Helmut Schmidt, erklärte am 6. Oktober 1968: „Wir haben viel zuviel Soziologen und Politologen. Wir brauchen viel mehr Studenten, die sich für anständige Berufe entscheiden, die der Gesellschaft auch nützen.“ Und sein Koalitionsgenosse, der Wissenschaftsminister und beurlaubte Kieler Privatdozent für Neuere Geschichte Gerhard Stoltenberg (CDU), verkündete mit großer Geste, das Heil von Staat und Wirtschaft hänge zwar von mehr Naturwissenschaftlern und Computer-Experten ab, für ein weiteres Anwachsen der Zahl von Sozialwissenschaftlern bestehe dagegen kein Bedarf.

Sogar Soziologie-Professoren wie der Kölner Erwin Kurt Scheuch fragen nur noch rhetorisch: „Produziert die Soziologie Revolutionäre?“ Kaum mag noch jemand bestreiten, daß Sozialwissenschaftler den „harten Kern“ der studentischen Protestbewegung bilden oder doch wenigstens beleben. Die „Soziologie ist zuerst zum Modewort, jetzt aber zum Schimpfwort geworden“, konstatiert der Konstanzer Professor Ralf Dahrendorf: „Wo der Soziologe vorgestern bestaunt wurde, hebt man heute die Hände in Abwehr und sucht ihn zu verdrängen.“

Zwar meinen viele Sozialwissenschaftler wie die Gießener Soziologie-Professorin Helge Pross, die Studenten würden „auch ohne Soziologie auf die Straße gehen, rote Fahnen schwingen, die Internationale singen, sich als ‚Fundamentalopposition‘ begreifen.

Nur würde das Lager der irrationalen Verfahrenen größer sein, gäbe es keine Soziologie“. Ein Team junger Sozialwissenschaftler am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung fand sogar heraus, daß die Absolventen des Politologie-Studiums in Berlin keine Unruhestifter seien, „eher das Gegenteil“ (siehe SPIEGEL-Interview Seite 107).

Aber der Mehrzahl der Staatsbürger dienen provokante Demonstrationen, die nicht selten von prominenten Soziologiestudenten wie Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Bernd Rabehl und Hans-Jürgen Krahl angeführt worden sind, nur als schockierende Stütze ihres Mißtrauens gegen die Sozialwissenschaftler. Für die Öffentlichkeit kaum sichtbar, ohne deutlichen Bezug zu herkömmlichen Berufen, scheint sich deren undurchsichtige Aktivität auf die Hochschulen wie auf ein Getto zu beschränken; man traut den kleinen Gruppen alles zu. Wann immer Studentenratswahlen oder andere Abstimmungen eine Mehrheit der Linken ergaben, sah man sie schon die Macht in ganzen Universitäten ergreifen.

Schwankend wie die Meinungen über ihren Einfluß sind auch die Angaben über die derzeitige Zahl von Studenten der Sozialwissenschaften. Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland nennt für das Wintersemester 1966/67 4005 Studenten der Soziologie und Sozialwissenschaften, 1745 Politologie- und 1603 Philosophie-Studenten; neuere Zahlen sind noch nicht ausgewertet.

Inzwischen verstopft aber die explosionsartig angestiegene Zahl von

Studenten in den Sozialwissenschaften Seminare und Bibliotheken und spottet jeglicher Statistik. Ralf Dahrendorf erinnert sich: „Mancher deutsche Kollege, der vor acht Jahren seinen Lehrstuhl übernahm, war stolz auf die ersten fünf oder zuweilen zehn Studenten, die Soziologie als Hauptfach belegten. Heute gibt es an seiner Universität zwar einen zweiten, auch dritten Lehrstuhl; aber aus den zehn Studenten sind an einer Reihe von Orten fünfhundert, achthundert, tausend und mehr geworden. In der Bundesrepublik gibt es heute mit Sicherheit mehr als 5000, wahrscheinlich etwa 8000 Studenten der Soziologie.“

Das Anwachsen der Zahl sozialwissenschaftlicher Absolventen in den letzten acht Jahren von 828 auf 4000, also eine Steigerung von 400 Prozent, bei den Politologen allein sogar um 1500 Prozent, konstatierte vor wenigen Monaten die Verwaltungsoberärztin Dr. Höhborn von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung in Frankfurt. Zum Vergleich: Die Zahl der Betriebs- und Volkswirte stieg im gleichen Zeitraum nur um etwa 60 und 90 Prozent. Münchens Soziologe Karl Martin Bolte: „Wir sehen mit offenen Augen eine Katastrophe auf uns zukommen.“

Gründe für die Hausse in Soziologie lassen sich viele finden. Die Kollision mit undurchsichtigen Traditionen und überkommenen Hierarchien mündet für viele Studenten in Unzufriedenheit mit der Väter-Gesellschaft, die sich nur schwer durchschauen läßt und gleichwohl Zustimmung verlangt. Aufklärung wird zur ersten Station beim

Wunsch nach Emanzipation, Veränderung; schließlich erzeugt die vordergründige Folgenlosigkeit aller bloßen Theorie Überdruß; ebenso an der Philosophie und Theologie wie an der Geschichte. Soziologie aber verheißt Abhilfe.

Schließlich spielt auch die Befürchtung keine geringe Rolle, unwiderfürlich in diese Gesellschaft integriert zu werden. Der Freiraum der Universität läßt die Abhängigkeiten draußen um so mehr ahnen. Aber diese Distanz ist auch schick geworden, zur Mode. Freilich: Wo Bedürfnisse zur Mode verkommen, wird aus bloßer Mode vielleicht auch wieder ein Bedürfnis.

So studiert denn heute nach grober Schätzung jeder 30. der etwa 300 000 bundesdeutschen Studenten Soziologie, Politologie oder Philosophie; rechnet man Nebenfach-Hörer und die außerhalb ihres Fachs Interessierten dazu, beschäftigt sich mindestens jeder zehnte mit Sozialwissenschaften. Dem Riesenbedarf steht ein Angebot von 197 Lehrstühlen gegenüber: 82 für Philosophen, 58 für Soziologen und 57 für Politologen. Axel Cäsar Springers Tageszeitung „Die Welt“ („Wie gefährlich ist die Explosion der Sozialwissenschaften?“) wollte freilich schon vor zwei Jahren von „450 Lehrstühlen der Sozialwissenschaften — 100 mehr als in den Rechtswissenschaften“ wissen und bemerkte zu dieser nicht näher erläuterten wunderbaren Lehrstuhlvermehrung: „Das bringt viele Probleme mit sich ...; so groß unsere Furcht aber auch sein mag, so sicher ist andererseits, daß es ein Zurück nicht gibt und daß ein wissenschaftlicher Defätismus das letzte wäre, was uns helfen könnte.“

Hat die Gesellschaft Angst vor den Gesellschaftswissenschaftlern? Vieles spricht dafür: das ungebrochene Juristen-Monopol in den Ministerien und Verwaltungen ebenso wie die schlep-

pende Verabschiedung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Verwaltungslaufbahn von Soziologen und Politologen, der Mangel an Planstellen für angestellte Sozialwissenschaftler ebenso wie Anstellungsbedenken in der Wirtschaft.

Bereits voriges Jahr berichtete ein hoher Kommunalbeamter, mehrere große Firmen suchten mit Hilfe von Fragebogen zu erfahren, ob akademische Nachwuchskräfte Soziologie studiert hätten; bekannte sich jemand dazu, wurde er aus der Liste der Bewerber gestrichen.

Der Bundestag, der 1953 gesetzliche Grundlagen der Verwaltungslaufbahn für Nicht-Juristen verabschiedet hatte, ließ volle 15 Jahre verstreichen, ehe er im April 1968 auch die Laufbahn-Zulassung von Politologen beschloß. Im Saarland gab es schon 1963 eine solche Verordnung; bisher folgten nur Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz diesem Beispiel.

Die Universitäten in der Bundesrepublik und in West-Berlin taten ihrerseits freilich bislang so gut wie nichts, um diesem Mißtrauen gegen die Sozialwissenschaften abzuwehren. Weder Soziologen noch Politologen mochten sich für ihr Fach auf einheitliche Studiengänge, Fächerkombinationen und Prüfungsordnungen festlegen — ebensowenig wie sie das Studium einer späteren Berufspraxis angleichen oder Modelle solcher Berufe entwerfen wollten.

So kann man etwa in Berlin und Frankfurt Soziologie sowohl innerhalb der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät studieren, in Münster nur an der juristischen. Zum Abschluß des Studiums kann der Prüfling sich zwischen einem Diplom, dem Magister Artium (MA) oder der Promotion entscheiden. In Berlin, Frankfurt und München darf er nach dem jeweiligen Examen den Titel eines Diplomsoziologen, Dr. phil., Dr.

rer. pol. oder Dr. oec. publ. führen, in Erlangen und Göttingen den eines Diplomsozialwirts, des Dr. phil. Dr. rer. pol. oder Dr. oec., und in Köln kann er schließlich zum Diplomvolkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung avancieren; Freiburg endlich vermag nur den MA, den Dr. phil. oder den Dr. jur. zu bieten. Das ist noch nicht alles: In Berlin und Frankfurt kann nur promovieren, wer zuvor das Diplom erworben hat.

Ähnlich bunt sind die Fächerkombinationen. Während in Berlin drei Hauptfächer (allgemeine, eine spezielle und empirische Soziologie) und zwei Nebenfächer (entweder Sozialpsychologie und Geschichte/Politik/Publicistik oder Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre) obligatorisch sind, können die angehenden Diplomanden nach freier Wahl ein drittes Nebenfach aussuchen. Dr. Werner Buth, Geschäftsführer des soziologischen Instituts in Berlin, zum SPIEGEL: „Das kann auch Theologie sein.“ In Göttingen und Erlangen/Nürnberg haben die Kandidaten dagegen keine Wahl; ihre Fächer sind: spezielle Soziologie, allgemeine Wirtschaftstheorie, Psychologie, Sozialpolitik, Staats- und Verwaltungsrecht und Privatrecht.

Obschon weniger verzweigt, ist auch das Politologie-Studium keineswegs einheitlich. Wie die Soziologie kann auch die Wissenschaft von der Politik (zuweilen wahlweise) in der philosophischen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen und juristischen Fakultät studiert werden; wie bei der Soziologie kann man unterschiedliche Dokortitel, den MA oder auch ein Diplom erwerben. Der Titel eines Diplompolitologen bleibt freilich für Absolventen des Berliner Otto-Suhr-Instituts (der einstigen Deutschen Hochschule für Politik) oder einer Hamburger Fakultätsprüfung reserviert. Im übrigen ist Soziologie meist



Soziologie-Studenten Dutschke (linkes Bild, M.), Cohn-Bendit, Krahl: Produziert die Soziologie Revolutionäre?



Soziologen-Kritiker Schmidt
Lieber anständige Berufe

eines der Prüfungsfächer für Politologen.

Die Verwirrung wird noch dadurch erhöht, daß die lokalen Prüfungsordnungen und Studiengänge häufig revidiert werden und daß es bislang keine öffentliche Registratur gibt, der es auch nur annähernd gelungen wäre, die zahlreichen und phantasievollen Kombinationen von Themen und Titeln festzuhalten. Ein Fachausschuß für Hochschul- und Studienfragen der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ hat zum Beispiel in nunmehr fünfjähriger Arbeit noch nicht erreicht, präzise Informationen über Berufssituation, Studienplanung und Ausbildungsordnungen zu publizieren.

Um wenigstens diesem Mangel abzuwehren, haben jetzt zwei Hamburger Studenten, der Politologe Fritz Wittek, 22, und der Soziologe Hans-Heinrich Henke, 27, Fragebogen an alle soziologischen und politischen Seminare, Institute und Fachschaften verschickt und um Auskunft über Studentenzahlen, Lehrveranstaltungen, Forschungsvorhaben, Prüfungsbestimmungen und so weiter gebeten.

Das Echo war mager. Abgesehen davon, daß bei den Soziologen bisher sechs und bei den Politologen sieben Hochschulen die Antwort schuldig blieben, schien manchen der angeschriebenen Institute die Studenten-Aktivität offenbar nicht seriös genug zu sein; so beschied etwa die „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ die um zentralisierte Information bemühten Studenten sibyllinisch, sie könne das Werk nicht unterstützen, weil sie „nur zentrale Befragungsaktionen gutzuheißen“ vermöge. Die gewünschte Orientierungshilfe wußte der Verein den Studenten freilich von sich aus auch nicht zu bieten.

Das Ausbildungslabyrinth bei den Sozialwissenschaften ist um so erstaunlicher, als sie sich selbst mit Problemen der Organisation und Kommunikation beschäftigen. Darüber hinaus stimmen bei nahezu allen anderen Wissenschaften Lehr-Gang und Lehr-Gut, Titel und Ordnung besser überein. Kaum irgendwo sonst haben

sich die Gegensätze der Wissenschafts-Richtungen und Ordinarieninteressen bis in die Prüfungsordnungen ausgebreitet; nirgends gibt es eine vergleichbare Unsicherheit über das Studienziel.

Die Sozialwissenschaften waren lange Zeit das Stiefkind deutscher Universitäten. 1932 erst schien dem bedeutenden Soziologen Karl Mannheim „jener unhaltbare Zustand endlich aufgehoben, daß in einer Zeit, da in Frankreich bereits in der pädagogischen Sparte der höheren Schulen (école normale primaire) die Soziologie zum obligatorischen Lehrfach geworden ist und es in Amerika nicht nur soziologische Professuren, sondern bereits soziologische Fakultäten gibt (sociological department), in Deutschland noch immer die tief sinnige Frage diskutiert wurde: Ist die Soziologie überhaupt möglich?“.

Ein Jahr später war sie bereits wieder unmöglich geworden. Deutschlands Soziologen mußten sich vor der nationalsozialistischen Machtergreifung entweder auf neutrale Positionen zurückziehen oder emigrieren. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse etwa zogen mit dem von ihnen gegründeten Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ über Genf nach New York. Nach 1945 kehrten viele der Vertriebenen zurück; unentschlossen zunächst, beantwortete die Soziologie schließlich die beginnende Restauration mit der Anknüpfung an ihre eigene Vergangenheit.

Seit der französische Mathematiker und Philosoph Auguste Comte (1798 bis 1857) zum erstenmal den Begriff „Soziologie“ gebraucht hatte, entwickelte sich daraus ein Programm: einerseits die Organisation der Gesellschaft nach dem Maßstab kritischer Vernunft (und nicht dem privater Interessen), andererseits die Aufklärung von Herrschaftsverhältnissen. Ziel dieser Aufklärung war es, die Herrschaftsverhältnisse für die Beherrschten durchsichtiger und schließlich kontrollierbar zu machen.

Soziologie, in der Anfangsphase nicht viel mehr als die säkularisierten



Soziologen-Kritiker Stoltenberg
Lieber Naturwissenschaftler

Staats-Gedanken der Philosophen, wußte die Mängel der Gesellschaft zusehends konkreter auszudrücken. Damit machte sie sich freilich nicht nur Feinde, sondern spaltete sich auch in drei einander heftig bekämpfende Richtungen: Empiriker, reformfreundige Kritiker und radikale Verfechter notwendiger Umwälzungen.

Empiriker (Soziologenjargon: „Fliegenbeinzähler“) wie die Kölner René König, Erwin K. Scheuch und die Berliner Professorin Renate Mayntz-Trier sehen heute keinen Sinn mehr in Theorien über die Gesellschaft im ganzen — allenfalls als Endprodukt, als bloße Summe unzähliger Einzeluntersuchungen. Dem Professor Scheuch, als Schüler René Königs in Studentenzeiten wegen seiner Anpassungsfähigkeit „der kleine König“ genannt, erscheint „die sogenannte kritische oder dialektische Soziologie“ dementsprechend geradezu als „Gesellschaftstheologie“, in der die „Freiheit der Wissenschaft“ von „radikalisierten Studenten“ bedroht wird. — Empirische Soziologie, so konterten aber die Angegriffenen auf dem letzten deutschen Soziologentag 1968, welche die Theorie vernachlässige, werde die Probleme der Gesellschaft gar nicht erst erkennen können.

Die meisten Soziologen wollen sich gegenwärtig als reformwillige Gesellschaftskritiker verstanden wissen. Im Unterschied zu den betonten Empirikern mögen sie sich nicht auf die Analyse von Gruppen und ihres Verhaltens beschränken; andererseits denken sie zu pragmatisch, um an eine Umwälzung der Gesellschaft im ganzen zu glauben. Sie sind bereit, sich für die bestehenden Parteien einzusetzen — wie der in Konstanz lehrende FDP-Bundestagskandidat Ralf Dahrendorf und der Berliner Soziologe und Politologe Otto Stammer (SPD); oder sie arbeiten für die Emanzipation der Frauen — wie die Gießener Soziologin Helge Pross. Sie sind liberal, aber sie kritisieren am Liberalismus die naive Vorstellung, Herrschaftsausübung ließe sich auf den Bereich der Politik beschränken, im übrigen werde die Freiheit des einzelnen nur von den Spielregeln des Wettbewerbs und der Leistung begrenzt. Sie sind Demokraten, aber sie kritisieren an der Demokratie Herrschaft und Autorität, sofern sie nicht rational begründet sind.

Am aufmerksamsten registriert die Öffentlichkeit seit langem Worte und Taten der radikalen Kritiker, die diese Gesellschaft für irreparabel halten. Der „naturwüchsige“ Kapitalismus, mittlerweile durch verfeinerte Technologie noch befestigt, hat in den Augen dieser dritten Gruppe den Widerspruch zwischen Ausbeutung und Ausbeuteten keineswegs abgeschafft, sondern nur verschleiert. Reformen, die zum „reibungslöseren“ Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft beitragen, sehen sie folglich nur als Verdeckung und nicht als Beseitigung dieses Widerspruchs. Sie sind (oder waren doch) unorthodoxe Marxisten mit philosophischer, aber kaum ökonomischer Ausbildung — wie

etwa die Frankfurter Max Horkheimer und der vor wenigen Tagen verstorbene Theodor W. Adorno oder der in San Diego, Kalifornien, lehrende Herbert Marcuse — längst schon zweifeln sie daran, daß „das Leben des einzelnen geändert werden kann; es müssen die Systembedingungen geändert werden“ (Adorno). Ihre Schüler sollen deshalb „hellere Menschen“ werden, die „aus Einsicht allmählich die Welt verbessern.“ (Horkheimer).

Die Differenzen der drei Soziologen-„Schulen“ (bei den Politologen sind die Unterschiede auffälligerweise viel geringer) haben deutliche Auswirkungen auf die Praxis: Mit der gesellschaftskritischen Couleur wechseln auch Studentenzahlen, Ausbildungswege und Berufschancen. So stellte der Empiriker und studierte Philosoph Helmut Schelsky, Münster/Bielefeld, fest, daß gerade das „geisteswissenschaftlich-philosophische Studium der Soziologie in den letzten Jahren steigend wachsende Zahlen von Studienanfängern angezogen“ habe. Und der Soziologe Uwe Schlottmann meint sogar, daß „die meisten Studenten die angebotenen praxisnäheren Fächer verschmähen“.

Praxisnähere Fächer wie Verwaltungsrecht, Wirtschaftspolitik, Psychologie und Privatrecht kommen den Bedürfnissen der Wirtschaft entgegen, die zwar keine reinen Soziologen, wohl hingegen solche „Generalisten“, solche Viel-Fach-Köner verwerten kann. Der weitgehende Verzicht auf eine spezielle Ausbildung in Soziologie wird also durch größere Arbeitsmarktchancen prämiert. Umgekehrt müssen Studenten, die sich der „kritischen Theorie“ und damit etwa den Sozialphilosophen der „Frankfurter Schule“ verschreiben, unsicheren Berufszeiten ins Auge sehen: Chancen haben sie allenfalls an manchen Universitäten.

Dennoch ziehen die meisten Soziologiestudenten offenbar eine Ausbildung an den philosophischen Fakultäten von Berlin, Frankfurt oder Marburg den Aussichten auf lukrative Posten in der Wirtschaft vor. Das jedenfalls legte eine Studie über „Soziologen im Beruf“ nahe, die der Nürnberger Soziologe Uwe Schlottmann letztes Jahr publizierte*.

Er befragte alle Hochschulabsolventen, die vom Sommersemester 1958 bis zum Wintersemester 1966/67 ihr Examen mit Soziologie im Hauptfach oder doch als einem von mehreren gleichberechtigten Prüfungsfächern in der Bundesrepublik und West-Berlin abgelegt hatten und die inzwischen berufstätig sind oder waren — insgesamt 717. Ergebnis der Umfrage: nach dem Examen arbeiteten von den Befragten — 45 (oder 6,3 Prozent) gaben keine Antwort —

- ▷ 42 Prozent im Hochschulbereich,
- ▷ 14 Prozent in Wirtschaft und Industrie,
- ▷ 6 Prozent bei Behörden,

* Uwe Schlottmann: „Soziologen im Beruf“. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 20. Jahrgang, Heft 3/1968.

- ▷ 6 Prozent bei Verbänden und Kammern,
- ▷ 5 Prozent an kommerziellen Forschungsinstituten,
- ▷ 4 Prozent bei Presse, Funk und Fernsehen,
- ▷ 4 Prozent bei kirchlichen Institutionen,
- ▷ 4 Prozent freiberuflich,
- ▷ 0,4 Prozent bei Parteien,
- ▷ 8 Prozent in verschiedenen anderen Stellen.

Auffällig ist die hohe Zahl von Absolventen, die an den Universitäten blieben; vorwiegend Berliner, Frankfurter und Kölner Soziologen wählten diesen Weg. Dagegen entschieden sich die meisten Jungakademiker in Erlan-

Examen (in Klammern jeweils die Wunschvorstellungen dieser Examensgruppe, Mehrfachnennungen waren möglich):

- ▷ 20 (18) Prozent im Hochschulbereich,
- ▷ 9 (10) Prozent in Wirtschaft und Industrie,
- ▷ 0 (2) Prozent bei Behörden,
- ▷ 2 (9) Prozent bei Verbänden und Kammern,
- ▷ 6 (6) Prozent an kommerziellen Forschungsinstituten,
- ▷ 2 (17) Prozent bei Presse, Funk und Fernsehen,
- ▷ 4 (13) Prozent im politischen Bereich,
- ▷ 8 (8) Prozent freiberuflich.

Vier Prozent gaben an, arbeitslos zu sein.

Verglichen mit der Untersuchung von Schlottmann, zeigt sich eine deutliche Entwicklung: Relativ weniger Soziologen finden Arbeit an der Universität, mehr in Wirtschaft, Industrie und Politik; auch der Wunsch, an der Universität zu bleiben, hat abgenommen. Am wenigsten kompromißbereit gegenüber der Berufswelt sind Frankfurter Absolventen; einer von ihnen schrieb: „Die Situation der Soziologen in der bürgerlichen Gesellschaft ähnelt derjenigen der Naturwissenschaften gegen Ende des Feudalismus: Ihre theoretischen Einsichten bedeuten eine Gefahr für den Bestand überkommener Institutionen.“ Folgerichtig gaben fünf Frankfurter (aber nur ein Berliner) auf die Frage nach der idealen Soziologen-Beschäftigung zu Protokoll: „Revolutionäre Tätigkeit.“

Aber auch von den Göttinger und Nürnberger Diplomsozialwirten mit ihrer berufsbezogeneren Ausbildung sieht niemand den idealen Arbeitsbereich in der Wirtschaft oder der Industrie; so will keiner der Nürnberger Absolventen auf eine spezifisch soziologische Tätigkeit verzichten — auch wenn ihnen das Nachteile einbringen würde.

Mit der Form ihrer Ausbildung sind von allen Befragten nur zwei zufrieden. Einhellig negativ werden an allen vier Hochschulen die juristischen Fächer beurteilt („Unwichtig für die Ausbildung“) — am besten die empirische Sozialforschung, die aber, besonders nach der Meinung vieler Göttinger und Frankfurter Studenten, zu



Soziologie-Lehrer Horkheimer: „Hellere Menschen“

gen/Nürnberg und in der Wilhelmshavener Hochschule für Sozialwissenschaften — die 1962 als wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen eingegliedert wurde — für eine Tätigkeit in Wirtschaft und Industrie.

In einer neuen Umfrage, die der Bergisch-Gladbacher Diplomsoziologe Gerhard Holler, 28, zusammen mit dem Frankfurter Soziologiestudenten Arnold Schwendtko, 35, im Auftrag des SPIEGEL unter den Soziologie-Absolventen des Wintersemesters 1968/69 an vier deutschen Universitäten vorgenommen hat, zeigt sich ein verändertes Bild. Von den 125 Befragten — 39 antworteten überhaupt nicht, 58 (oder 46 Prozent) nicht auf die Frage nach dem gegenwärtigen Beruf — arbeiteten wenige Monate nach dem



Soziologen-Befragter **Holler**
Gewünschte Berufe...

kurz kommt. Klage führen die meisten schließlich darüber, daß ihre Fächer unvermittelt nebeneinander stehen und oft zu wenig auf Praxis bezogen sind. Drei Frankfurter Studenten ziehen daraus den Schluß, „zuviel Soziologie studiert“ zu haben.

Holler sieht in seiner Untersuchung Anzeichen für eine schwindende Anpassungsbereitschaft der Sozialwissenschaftler an eine aus Unkenntnis noch immer weitgehend „soziologenfeindliche Gesellschaft“. Fazit: „Will man nicht diese Gruppe von Wissenschaftlern in eine grundsätzliche Gegnerschaft zur Gesellschaft zwingen, so wird es immer wichtiger, angemessene Positionen für Soziologen zu schaffen.“

Doch damit hapert es nach wie vor; die Marktchancen in der Wirtschaft sind noch nicht einmal für wirtschaftswissenschaftlich vorgebildete Soziologen groß. Von der gelegentlich registrierten Meinung, daß „diese Leute ein zu großer Unruheherd sind“, reicht die Unsicherheit bis zu akademischen Berufsberatern der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, die den Rat-suchenden das Studium der Sozialwissenschaften immer dann ans Herz legten, wenn sie sonst keinerlei spezifische Begabungsrichtung erkennen ließen.

Noch heute lehnen Bundesbahn und Bundesbank die Einstellung von Sozialwissenschaftlern gleich welcher Richtung ab; ein Handwerkskammerpräsident gab zu, entsprechende Empfehlungen zu überlegen, und der Inhaber einer der größten deutschen Privatbanken ließ die Personallisten der

letzten Jahre auf Soziologie-Verdächtige durchkämmen.

Unter 1269 Stellenangeboten in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ an zwei Wochenenden im vergangenen Dezember fanden sich nur sieben Angebote für Soziologen: je zwei aus Privatwirtschaft und Marktforschung und je eins aus Kommunalverwaltung, Werbung und einer Pädagogischen Hochschule. Auch auf der Suche nach Arbeit sind Sozialwissenschaftler also weithin auf eigene Initiative angewiesen.

Als Ausweg wird inzwischen allenthalben ein nach den Bedürfnissen der Wirtschaft angelegtes Studium gefordert, wie es sich schon aus Schlottmanns Untersuchung zu ergeben schien — und vielleicht die Abschaffung der Fachsoziologen zur Folge hätte. Immerhin stellt das Angebot keineswegs marktconformer Studiengänge eine Art Verführung dar, für welche die Universitäten schließlich die Verantwortung tragen. Dieter Claessens, Soziologie-Ordinarius in Berlin, bekennt denn auch: „Wir haben ein mäßig gutes Gewissen insofern, als wir eigentlich nie Studenten zuraten, Soziologie zu studieren, ... ihnen vielmehr zuraten, traditionelle Studienrichtungen zu verfolgen, um dann Soziologie im Nebenfach zu betreiben.“

Claessens war als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auch an einer Entschließung beteiligt, die Ralf Dahrendorf, der Vorsitzende, „einen weitreichenden Beschluß über die zukünftige Gestaltung soziologischer Studiengänge“ nannte. Am 11. April schlug die Soziologen-Gesellschaft vor,

- ▷ den Titel des Diplom-Soziologen an keiner Hochschule mehr neu einzuführen;
- ▷ diejenigen bestehenden Studiengänge, die mit dem Soziologie-Diplom abschließen, in sozialwissenschaftliche umzuwandeln;
- ▷ zu diesem Zweck „zwei oder mehr Fachgebiete im Hinblick auf theo-



Soziologen-Befragter **Schwendtko**
... selten erreicht

retische Problemstellungen oder praktische Bedürfnisse“ zu kombinieren und als Abschluß den (neuen) Titel eines Diplomsozialwissenschaftlers zu vergeben.

Die marktorientierte Beschränkung des Soziologie-Studiums aufs Nebenfach könnte freilich zum Bumerang für Soziologie-Professoren werden. Mit der Anpassung an den „Annoncenteil von Fachzeitschriften“ — so ein Studentenpapier — könnte diese „Disziplin ohne Disziplin“ (Dahrendorf) ihre mühsam erreichte Autonomie und damit auch ihre kritische Funktion in der Gesellschaft wieder einbüßen. Sie könnte zur bloßen Regeltechnik degenerieren: In den Vereinigten Staaten, wo ohnehin Sanierung zugunsten der Armen selten ist, spielten etwa Soziologen im Auftrag des CIA mit Computersystemen modellhaft die Dynamik eines Aufstands in einem Neger-Slum durch („Counterinsurgencyproject“) — nicht, um die sozialen Verhältnisse so zu ändern, daß Aufstände unnötig würden, sondern um einen Aufstand schneller ersticken zu können.

Soziologie, die sich derart auf die Erhaltung bestimmter Herrschaftsverhältnisse spezialisiert, ist das genaue Gegenstück zu ihrem „utopischen Ursprung als einer Oppositionswissenschaft“ geworden — wie ihn Arnheim Neusüss in seinem Buch über „Utopie“^{***} dargestellt hat.

Obwohl der Deutschen Gesellschaft für Soziologie längst entfremdet, hat der



Deutscher Soziologentag*: Disziplin ohne Disziplin

* 1968 in Frankfurt.

** Arnheim Neusüss: „Utopie“. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied; 528 Seiten; 28 Mark.

Berliner SDS ebenfalls im April die „Forderung nach Abschaffung der Soziologie als Hauptfach“ veröffentlicht — allerdings nicht gerade mit der Absicht, das Studium den Forderungen der Wirtschaft anzupassen. Die Genossen sehen weder in der Universitäts-Soziologie („luxurierende Wissenschaft ohne Praxis“) noch in Wirtschaft, Industrie, Behörden oder Verbänden („systemstabilisierende Praxis“) mögliche Ansätze für eine „revolutionäre Berufsperspektive“.

Während aber die SDS-Strategie bisher darin bestand, „sich den Institutionen so lange wie möglich zu verweigern“, erscheint sie nun als „Forderung, in Fächer mit guten Berufsaussichten und strategischer Relevanz überzuwechseln und die Soziologie als Nebenfach weiterzuführen“. Solche Berufe sind zum Beispiel Lehrer, Sozialarbeiter, Mediziner, Juristen und Architekten, mit deren Hilfe schließ-

schreibt, „nicht darauf an, Soziologen auszubilden, so wie sie die Gesellschaft gern haben möchte. Ich muß als Soziologe bezweifeln, ob die Gesellschaft imstande ist, genau zu bestimmen, welches ihre eigene Problematik ist, und ob sie sich ein richtiges Bild von der praktischen Nützlichkeit des Soziologen ausgemalt hat. Falls wir angewandte Soziologie an den Universitäten treiben wollen, müssen wir uns den wirklichen Fragen der Gesellschaft zuwenden, nicht nur den Fragen, die uns von dieser Gesellschaft zur Lösung vorgelegt werden“.

Um solche „wirklichen Fragen der Gesellschaft“ untersuchen zu können, müßten freilich Soziologen in Positionen eingestellt werden, die es derzeit noch gar nicht gibt. „Man müßte den Bedarf verändern“, meint Erich Friester, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Und der Münchner Soziologe Emerich Francis

die sie bebauen. Man zieht eines Tages ein, einen Einfluß auf die Gestaltung neuer Satellitenstädte kann man sich offenbar gar nicht denken.“ Gleichwohl, als im Juli der Bundeswohnungsbauminister Lauritzen (SPD) erstmals nach dem Kriege ein „Städtebau-Förderungsgesetz“ vorlegte, verhinderte die CDU dessen endgültige Beratung und damit auch die Verabschiedung.

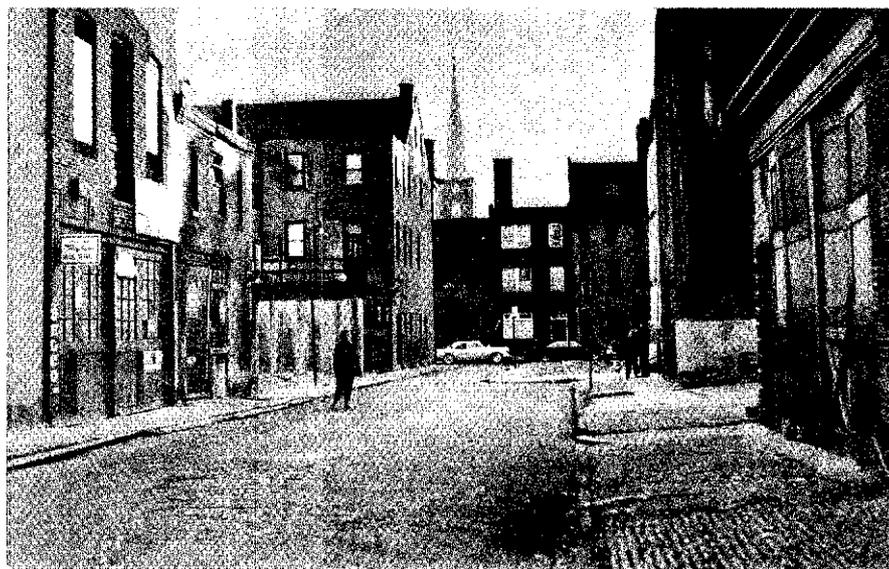
In welchem Ausmaß Soziologie-Aktivität bei der Stadtsanierung eingesetzt werden könnte, demonstrierte der US-Nobelpreisträger und Kanzler der Universität Chicago, George W. Beadle, auf der diesjährigen Lindauer Nobelpreisträger-Tagung. Der Chicagoer Stadtteil Hyde Park-Kenwood, in dem die Universität liegt, schien nach dem Krieg zu einem riesigen Slum abzusinken, in dem Überbevölkerung, Arbeitslosigkeit, Armut und Verbrechen dominierten. Immer weniger Professoren und Studenten mochten in Chicago bleiben; schließlich begann man bereits mit dem Gedanken zu spielen, die Universität zu verlegen.

Anfang der fünfziger Jahre ergriff die Universität die Initiative zur Sanierung des Stadtteils. Ein noch heute bestehendes, eigenes Stadtplanungszentrum arbeitete zusammen mit Stadt und Staat gesetzliche Grundlagen aus, ließ Gebäude abreißen und wiederaufbauen, half bei der Umsiedlung von Teilen der Bevölkerung und erreichte am Ende sogar, daß der Anteil der Farbigen (40 Prozent) völlig integriert wurde.

Aber auch in anderen Bereichen der Gesellschaft besteht ein Bedarf an Sozialwissenschaftlern, ohne daß deshalb mehr als nur vereinzelt Stellen eingerichtet worden wären:

- ▷ Bildungs-, Wissenschaftsplanung, Koordinierung von Forschungsaufgaben, Entwicklung neuer Studiengänge;
- ▷ Kriminalsoziologie, Verbrechenverhinderung, Resozialisierung;
- ▷ Jugendsoziologie, sozialpsychologische Untersuchung von Gruppenverhalten und Generationenkonflikten;
- ▷ Medizinsoziologie, Einfluß sozialer Faktoren auf Krankheiten;
- ▷ Agrarsoziologie, Strukturprognosen, Siedlungsplanung;
- ▷ Betriebssoziologie, Analyse von Arbeitsprozessen und den Auswirkungen bestimmter Formen von Arbeitsteilung.

In der Bundesrepublik „unterließ man jene Experimente, ohne die man in die Zukunft taumelt“ (Mitscherlich), während beispielsweise in Holland Stadtplanung und Sozialarbeit immer mehr zur Domäne von Soziologen wurden. Statt dessen begegnet deutschen Gesellschaftswissenschaftlern noch immer das Mißtrauen der Gesellschaft. So verhinderte erst kürzlich Bayerns reaktionärer Kultusminister Huber die Berufung eines Lehrbeauftragten für Soziologie an die Münchner Kunstakademie. Und im Sommer 1968 verwarf der Göttinger Althistoriker



Amerikanischer Slum: Operationsfeld für Gesellschaftsforscher

lich „die jeweilige Institution selber aufgebrochen werden“ soll.

Beides, die Anpassungs-Taktik der Senior-Soziologen ebenso wie die Unterwanderungs-Strategie der Berliner Soziologie-Revolutionäre, sind, zureichend oder nicht, Antworten auf die groteske Immobilität einer Gesellschaft, die zwar mit Zyklotron und Mondflug, nicht aber mit Verkehrs- und Wohnverhältnissen oder auch nur mit der Resozialisierung von Kriminellen fertig werden kann.

Das altliberale Konzept eines Gemeinwesens, in dem schon relativer Wohlstand ausreichen soll, damit sich alles übrige marktgerecht von selbst reguliere, ist längst gescheitert; seinen Verfechtern mag allenfalls das Privatinteresse noch eine Weile den Blick dafür trüben. Längst schon ist erwiesen, daß die Industriegesellschaft nicht ohne Bildungsplanung und Bildungssoziologie, Stadtplanung und Siedlungssoziologie, Wissenschaftsplanung und Sozialpsychologie bestehen kann.

So kommt es denn, wie der holländische Soziologe Sjoerd Groenman

erklärte seinen Studenten: „Ihr müßt euch selbst euren Platz in der Gesellschaft schaffen.“

Ein solcher Platz ist die Raumplanung. Im Märkischen Viertel, einer neu errichteten Berliner Trabantenstadt, hatte man beispielsweise nicht daran gedacht, daß sich die Abgeschlossenheit von städtischen Vergnügungszentren und die Symmetrie der Betonfassaden auf das Wohlbefinden der Bewohner niederschlagen könnten. „Die graue Hölle is det hier!“ — resümierte ein Mieter. Schon nach kurzer Zeit reichten die vorhandenen Schulen und Kindergärten nicht mehr aus — Konsequenzen, die Soziologen und Sozialpsychologen vielleicht hätten voraussehen können, wären sie zu Rate gezogen worden.

„Stadtplanung, Regionalplanung“, schrieb der Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich, Direktor des Frankfurter Sigmund-Freud-Instituts, „ist im Bewußtsein unserer Öffentlichkeit kein Politikum, sondern eine Sache von Geschäftsleuten, die Grundstücke handeln, und von Unternehmungen,

Alfred Heuß als Mit-Gutachter die Soziologie-Dissertation des Studenten Martin Baethge über „Wirtschaftsinteressen und Bildungspolitik“, obwohl er von der Sache nichts verstand — bloß weil ihm Vokabular und Arbeitsergebnisse mißfielen (SPIEGEL 31/1968).

Bezeichnenderweise gilt dieses Mißtrauen keineswegs im gleichen Ausmaß den Philosophen und Politologen. Von Platon bis Hegel gab es utopische oder kritische Theorien des Staates und der Gesellschaft, die sich freilich selten zur konkreten Alternative des Bestehenden verdichten ließen. Seit sich aber unter dem Einfluß von Comte und Marx die Soziologie von der Philosophie losgelöst hatte, verschwand aus dem Staats-Denken deutscher Philosophen mehr und mehr der Bezug zur Praxis.

Die Philosophie ist heute an den bundesrepublikanischen Universitäten in den Schatten der Entwicklung geraten. Aus der traditionellen Spitzenposition in den philosophischen Fakultäten längst durch Fächer mit mehr Studenten und mehr Professoren verdrängt, wird inzwischen — nicht zuletzt durch Soziologen — auch ihr Rang als Grundlegung von Wissen und Handeln in Frage gestellt. Ohnehin kaum noch in der Lage, die Ergebnisse von Naturwissenschaft und mathematischer Logik, Linguistik und Tiefenpsychologie gleichermaßen zu verarbeiten, gerät sie häufig in die Nähe der Mythologie oder verschreibt sich der Beobachtung ihrer eigenen Geschichte.

Mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland, wo Philosophie seit wenigen Jahren obligatorisches Lehrfach in der Unter- und Oberprima der höheren Schulen ist, können Philosophie-Absolventen allenfalls hoffen, ihren Beruf an der Universität auszuüben — wenn sie eine der wenigen Assistentenstellen bekämen. Gelingt ihnen das nicht, müssen sie versuchen, in Lektoraten, Pädagogischen Hochschulen oder Goethe-Instituten Wartezeitstellung zu beziehen, um durch Auf-



Sozialpsychologe Mitscherlich
„Ohne Experimente ...“

sätze oder Bücher auf sich aufmerksam zu machen.

Hauptfach-Philosophen, die nicht Philosophie-Lehrer werden und dann auch noch mindestens ein weiteres Fach für den Schuldienst studieren wollen, können an Deutschlands Universitäten nur promovieren; die meisten Hochschulen sehen zusätzlich den Studienabschluß als „Magister Artium“ (MA) vor, der sich freilich bislang noch nicht recht durchzusetzen vermochte.

Die immer noch vergleichsweise hohe Zahl von Philosophie-Lehrstühlen (derzeit 82 in der Bundesrepublik und West-Berlin) fand nach dem Krieg eine Motivation in der Einrichtung des „Philosophikums“, einer Zwischenprüfung, der sich alle Lehramtskandidaten für den höheren Schuldienst vor dem Staatsexamen zu unterziehen hatten — gleichgültig, ob sie später als Mathematik-, Physik- oder Deutschlehrer tätig werden wollten. Von dem ziemlich losen und meist recht kurzen Kontakt mit der Philosophie erhofften Universitäten wie Kultusministerien

zumindest allgemeinbildende Rückwirkungen aufs Fachstudium — im Sinne des damals ebenfalls eingeführten und, mangels studentischer Beteiligung, einige Jahre später wieder aufgegebenen Studium Generale.

Aber schon die Koordination des angebotenen Lehrstoffs mißlang häufig — oder wurde gar nicht erst versucht. Philosophie der Naturwissenschaften etwa, wie sie sich für Chemie-, Physik- und Biologielehrer angeboten hätte, konnte an manchen Universitäten nicht gelehrt werden, weil es keine naturwissenschaftlich vorgebildeten Philosophieprofessoren gab. So erregte die Berufung des Physikers Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker auf einen Hamburger Philosophie-Lehrstuhl 1957 noch weithin Aufsehen.

Inzwischen ist das Bildungs-Konzept vollends fragwürdig geworden. Mögen manche Philosophiedozenten aus dem jedes Semester wiederkehrenden Ritual massenhafter Philosophikum-Prüfungen eine Stärkung ihres Selbstbewußtseins gezogen haben, andere, wie etwa der Berliner Ordinarius Wilhelm Weischedel, haben längst das Zweifelhafte dieser erzwungenen Beschäftigung mit Philosophie erkannt. Resultat kritischer Überlegungen: In Baden-Württemberg wurde das Philosophikum 1966 abgeschafft, nach einem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom vergangenen November sollen dem alle anderen Bundesländer folgen.

Beides, die stufenweise Abschaffung des Philosophikums ebenso wie der enorme Aufschwung der aus der Philosophie hervorgegangenen Soziologie, könnte auf lange Sicht ein weiteres Absinken des Interesses für Philosophie — und damit eine Verringerung der Anzahl philosophischer Lehrstühle — bewirken. Nach einem Jahrhundert der Selbstkritik — Marx und Nietzsche, zwei Philosophen, suchten die Philosophie als Metaphysik zu zerstören — ist sie nun auch aus der Rolle der Königin der Wissenschaften verdrängt worden. Überflüssig ist sie damit allenfalls in den Augen der Befürworter bloß technokratischer Hochschulreformen.

Ihr Argwohn gegenüber dem Nützlichkeitsdenken der Industriegesellschaft und dem Fortschrittsglauben von Wissenschaft und Technik hat die Philosophie zur skeptischen Instanz dieser Gesellschaft werden lassen. So gerieten denn auch unterschiedliche Denker wie Martin Heidegger, Herbert Marcuse oder Max Horkheimer mit ihrer Zivilisationskritik alsbald in Gegensatz nicht nur zur Öffentlichkeit, sondern auch zu vielen Wissenschaftlern. Freilich: Philosophie, die allein mit Gedanken streitet, erscheint mehr als Objekt der Ehrfurcht denn als ernst zu nehmender Gegner. Erst wenn sie, wie etwa bei Marcuse, praktisch wird, in die Nähe der Soziologie gerät, erregt sie Anstoß.

Vielleicht mit weniger Ehrfurcht als den Philosophen, jedenfalls aber auch mit weniger Mißtrauen als den Soziologen begegnete die bundesrepublikanische Gesellschaft der Wissenschaft



„... in die Zukunft getaumelt“: Berliner Neubau-Viertel

von der Politik. In der Bundesrepublik erst 1948 begründet, ist dieses Fach heute schon an 29 Universitäten eingerichtet. Mittlerweile haben etwa 800 Studenten ein Politologie-Diplom erworben, die meisten in Berlin.

Zu Anfang freilich dachte man nicht an Examen. Als Ernst Jäckh 1920 in Berlin die Deutsche Hochschule für Politik (HfP) gründete, wollte er damit einen „Kristallisationspunkt für den geistigen und seelischen Wiederaufbau Deutschlands“ schaffen. Zugang zu dieser Hochschule hatten keineswegs bloß Abiturienten, sondern Gewerkschaftsfunktionäre, Parteipolitiker, Diplomatenachwuchs, Beamte und Verwaltungsangestellte. Keiner von ihnen erwartete zum Abschluß mehr als ein Beteiligungszeugnis.

Als am 18. März 1948 in Berlin die von den Nationalsozialisten aufgelöste Deutsche Hochschule für Politik wiedergegründet wurde, wollte man zunächst das alte Konzept fortführen. Der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, einer der Direktoren der ersten HfP, sagte bei der Eröffnung: „Die Schule soll dazu beitragen, die Deutschen in der Führung ihrer öffentlichen Angelegenheiten geschickter zu machen.“

Auch Otto Suhr, der Wiederbegründer der Hochschule und spätere Regierende Bürgermeister von West-Berlin, dachte zunächst nicht an die Investitur eines neuen Universitätsstudiums. Am 11. Januar 1949 schrieb er jedenfalls in der „Welt“: „Viele Vollstudenten äußern in erschreckender Weise ein eindeutiges Streben nach Berechtigungsscheinen und Diplomen, dem die Hochschule für Politik kaum wie gewünscht Rechnung tragen kann. Der ‚Diplompolitiker‘ wäre ein Unding!“

1957 führte die Hochschule den Titel eines „Diplom-Politologen“ ein, nachdem die ursprünglich für alle Hörer offene Anstalt bereits seit 1955 die



Denker Heidegger
Fortschritt beargwöhnt

Reifeprüfung für die Zulassung zum Vollstudium verlangt hatte. 1959 wurde sie in die Freie Universität eingegliedert und in „Otto-Suhr-Institut“ (OSI) umgetauft.

Am Beispiel der Entwicklung dieser Hochschule zeigt sich, wie die Wissenschaft von der Politik aus der Isolation von der Praxis entstanden ist. Dietrich Winterhager vom Berliner Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft zum SPIEGEL: „Diese Akademisierung wurde forciert durch die Interessen bestimmter Professoren und auch Studenten, eine eigenständige Wissenschaft zu haben.“

Das Ursprungskonzept einer öffentlichen Bildungsanstalt für Politik wurde preisgegeben, und der Doyen neudeutscher Politikwissenschaft, der 1964 in Freiburg verstorbene Arnold Bergstraesser, schrieb 1958 der Politologie zu, sie sei „ein Versuch, die Unbestechlichkeit der wissenschaftlichen Bemü-



Denker Nietzsche
Metaphysik zerstört

hung in den Dienst der Vorbereitung des politischen Urteilens und Handelns zu stellen“.

Elf Jahre später meldet einer seiner Schüler, der Münchner Ordinarius Hans Maier, in einem neuen Buch über „Politische Wissenschaft in Deutschland“, „daß sich festumrissene Formen wissenschaftlicher und institutioneller Art in dieser Disziplin bis jetzt noch nicht herausgebildet haben“ und daß „heute etwa staatsrechtliche, aber auch nationalökonomische, teilweise sogar soziologische Forschung und Politikwissenschaft großenteils unverbunden nebeneinander herlaufen“.

Den schwankenden Formen entspricht ein unsicherer Inhalt. Hans Maier vermerkt noch mißmutig die „bisher vorherrschenden pragmatisch-pädagogischen Ziele“, offenbar in der

* Hans Maier: „Politische Wissenschaft in Deutschland“. Piper Verlag, München; 328 Seiten; 19,80 Mark.



Denker Marx
Philosophie verdrängt

Absicht, sie endlich durch eine „Verselbständigung“ seiner Wissenschaft zu ersetzen. In Berlin dagegen hat die Kritik an solcher Verselbständigung schon eingesetzt; der ideale Rahmen von politischer Theorie soll mehr auf die Anforderungen der Gesellschaft abgestimmt werden. OSI-Professor Alexander Schwan, ebenfalls Bergstraesser-Schüler, zum SPIEGEL: „Die traditionelle Konzeption der Politischen Wissenschaft wird nun sehr stark in Frage gestellt.“ In den Augen reformfreudiger Assistenten ist sogar die Zahl der OSI-Lehrstühle nicht mehr tabu.

Es gibt dort elf, mehr als an jeder anderen Politologie-Lehrstätte der Bundesrepublik. Gegliedert in vier Hauptbereiche: Theorie und Grundlagen der Politik, Politische Ökonomie und Soziologie, Innenpolitik und Internationale Politik gehören sie drei verschiedenen Fakultäten an. Und neben der höchsten Studentenzahl (gegenwärtig 1200) hat das OSI auch die weitaus größte Zahl von Politologie-Absolventen zu verzeichnen.

In einer Umfrage unter diesen Absolventen (750 von 1951 bis 1968) haben drei Mitarbeiter des Berliner Instituts für Bildungsforschung, W. Dietrich Winterhager, 28, Dirk Hartung, 28, und Reinhard Nuthmann, 27, die Berufssituation der Diplom-Politologen untersucht; sie wird voraussichtlich im September als Publikation des IFB erscheinen.

Entgegen den pessimistischen Prognosen von Helmut Schmidt, Gerhard Stoltenberg und dem Inhaber des Diploms der HfP Josef Stingl (CDU), dem derzeitigen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (Stingl: „Der Bedarf an Politologen, Soziologen und Psychologen ist auf dem freien Arbeitsmarkt unverändert gering“), hat die Bildungs-Forschung ergeben, „daß sich die zunächst überflüssigen

Absolventen im Laufe der Zeit einen Bedarf selbst geschaffen haben“.

Während etwa das Juristen-Monopol in den Verwaltungen bislang noch nicht gefährdet worden ist, hat sich der größte Teil der beruflich erfolgreichen Politologen in neu entstandenen Berufen und neuen Institutionen eingerichtet, zum Beispiel in einer Public-Relations-Agentur, einer Abendakademie, der neu geschaffenen Informationsabteilung eines Großkonzerns oder einem parlamentarischen Hilfsdienst. Der Aufbau der Erwachsenenbildung ist zum großen Teil eine Leistung von Politologen.

Freilich, Politologen wie auch alle anderen Sozialwissenschaftler „müssen bei der Stellensuche sehr viel mehr eigene Initiative und Phantasie aufwenden als etwa Juristen oder Diplom-Kaufleute“ (Winterhager); darüber hinaus würden sich ihre Chancen bei einer Wirtschafts-Rezession rapide verschlechtern. Hilfe von seiten des Deutschen Politologenverbandes ist nach dessen bisheriger Passivität kaum zu erwarten.

Dieser Verband, nach Ansicht der „Frankfurter Rundschau“ eher ein „konservativer Veteranenverein“, besteht aus 250 Mitgliedern, die ängstlich darauf bedacht sind, ihren Studenten kein Stimmrecht einzuräumen. Renommiertere linke Gelehrte wie die Politologen Ossip K. Flechtheim, Berlin, und Wolfgang Abendroth, Marburg, gelten den meist Namenlosen als „unqualifizierte und unwissenschaftliche Lehrstuhlinhaber“, die „alles kaputt machen, was wir in den fünfziger Jahren mühselig aufgebaut haben“.

Die meisten Diplom-Politologen denken „liberal bis gemäßigt bis auch sehr konservativ“ (Winterhager); sogar einige NPD-Mitglieder sind darunter. Prominenteste Politologen in der SPD sind der Bundratsminister Carlo Schmid und der Berliner Regierende Bürgermeister Klaus Schütz.

Nur wenige der aktiven Politiker unter den Politologen zieht es an die Universität zurück — wie den Privatdozenten für Politische Soziologie (Münster) und SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Lohmar, der eine Abteilungsvorsteherstelle für Wissenschaftsplanung und Organisation an der neuen Bielefelder Universität anstrebte. Münsteraner Soziologie-Studenten erfuhren davon und meldeten Bedenken an: Weder waren sie von den didaktischen noch von den bisher erwiesenen wissenschaftlichen Fähigkeiten des Kandidaten überzeugt; außerdem befürchteten sie, eine aktive politische Tätigkeit (Lohmar ist seit 1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik) könnte ihn zu sehr von Forschung und Lehre abhalten.

Die Studenten begründeten ihre Einwände mit der Analyse des 1968 erschienenen Lohmar-Buches „Wissenschaftsförderung und Politikberatung“ und gaben ihren Widerspruch auch im Gründungsausschuß der neuen Universität Bielefeld zu Protokoll. Daraufhin wurde der Berufungs-

vorschlag zurückgestellt, um neue Gutachten einzuholen; nach einigem Hin und Her bekannte Lohmar freimütig in einem Brief an die Studenten: „Mich hat die Lektüre Ihrer Stellungnahme in mehrfacher Hinsicht so beeindruckt, daß ich an einer Berufung auf die in Frage stehende Position nicht mehr interessiert bin.“

An der Reform des Politologie-Studiums arbeiten inzwischen viele Kräfte in vielen Richtungen. Will der Deutsche Politologenverband eine von praktischer Politik freie Wissenschaft von der Politik, so wollen viele Professoren und ein Teil des akademischen Mittelbaus, wie etwa die Berliner Politologen Joachim Raschke, Ralf Rytlewski und Alexander Schuller, „ein Politologiestudium, aus dem Politologen hervorgehen, die kritische

In ihrer traditionellen Form viel mehr auf die Erklärung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen ausgerichtet als auf deren Veränderung, nähert sie sich überall da der Soziologie, wo kritische Analyse ein distanzierendes Verhältnis zum Bestehenden voraussetzt. Soziologie mag so das Hauptfach einer künftigen Sozialwissenschaft werden: Doch wie sähe die aus?

Ralf Dahrendorf jedenfalls meint, daß „noch der konservativste Soziologe für den ernsthaft Konservativen ein Störenfried sein muß: weil er vom Unaussprechlichen redet und damit das Überleben des Bestehenden schon gefährdet“. Er hält die Praxis der Soziologie für „eine immer schon verändernde“.



Weltwoche, Zürich

„Sie reden vom Unaussprechlichen“

Rationalität, emanzipatorischen Gestaltungswillen und funktional notwendige berufliche Qualifikationen in sich vereinigen“.

Viele Studenten freilich sind mit „kritischer Wissenschaft“ nicht mehr zufrieden. Seit der Besetzung des Berliner Philosophischen Seminars Anfang Dezember 1968 forderten und okkupierten sie mehrfach — auch am OSI — studentische „Freiräume“: Lehrveranstaltungen ausschließlich unter studentischer Kontrolle, wie sie schon im Konzept der „Kritischen Universität“ von 1967 vorgesehen waren. Zum Konflikt kam es immer dann, wenn sie für diese Veranstaltungen auch Seminarscheine begehrten, die zum Nachweis des Studiums vor den Abschlußprüfungen vorgelegt werden müssen. Bisher waren die Professoren nicht bereit, solche Freiheiten zu gewähren.

Für die politische Wissenschaft zeigt sich so eine merkwürdige Entwicklung.

Der SDS geht weiter. Für ihn ist es „zweifelloso wichtig, Schmidt (gemeint ist Helmut Schmidt, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion) weiterhin mit Stinkbomben zu bewerfen. Aber die revolutionäre Bewegung ist inzwischen so weit vorangeschritten, daß diese Funktion nicht mehr von brotlosen Soziologen, sondern von ‚anständigen Berufen‘ wie Lehrern, Medizinern und anderen Gruppen ausgeübt werden kann“: Soziologie im Nebenfach.

IM NÄCHSTEN HEFT

Deutschlands Volksschullehrer leiden unter Prestigemangel — Sie erstreben soziale Aufwertung und kopieren die Unzulänglichkeiten der Studienratsausbildung — Der Lehr- und Lernprozeß bleibt vielen ein Rätsel